

Berlin, Dienstag,
Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:
vierteljährl. für Berlin 7 M. 50 Pf.
ohne Botenlohn, für ganz Deutsch-
land und Oesterreich 9 M.

für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband-
Sendung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen
für Frankreich bei Ang. Amet in
Straßburg i. E.,

für England bei Aug. Sire in London,
30 Fins Street E. C. Comie & Co. in
London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen
bei allen
Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Verdingungs-Anzeiger
Hôtels- und Bäder-Anzeiger
Vollständige Zeichnungslisten
der Preussischen Klassen-Lotterie.
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Insertions-Gebühr:
die vierzeilspaltige Zeile 40 Pf.,
Reclamatheil 80 Pf., die ganze Seite
200 Mart.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Die Reichstagsession.

Die erste Session der neunten Legislaturperiode des Reichstages ist am Sonnabend zu Ende gegangen und hat gerade zwölf Tage gedauert, von denen sieben für Sitzungen in Anspruch genommen wurden, so daß diese Session die kürzeste ist, welche die Deutsche Volksvertretung seit ihrem Bestehen gehabt hat. Die Session ist geschlossen worden und nicht vertagt; es ist ziemlich unerfindlich, wie man darauf rechnen konnte, daß nur eine Vertagung eintreten würde, da der Zweck der Einberufung des Reichstages mit der Annahme der Militärvorlage erfüllt war und andere größere gesetzgeberische Aufgaben, deren Vorbereitung durch eine Commission hätte unter den Tisch fallen können, nicht zu erledigen waren. Nur die national-liberale Partei hatte sich mit der Einbringung von Anträgen und Gesetzentwürfen die größte Zurückhaltung auferlegt, alle anderen Parteien hatten eine solche Fülle von Anträgen und zum Theil umfangreichen Gesetzentwürfen eingebracht, daß zu deren Erledigung eine ziemlich ausgedehnte Session erforderlich gewesen wäre. Die Stellung der Anträge konnte also lediglich einen agitatorischen Zweck haben, und da ist es nicht weiter wunderbar, daß das Centrum das größte Bündel ausschüttete; nach den Ergebnissen der Wahlbewegung hatte der Ultramontanismus vor allem Ursache, sich wieder als diejenige Partei aufzufstellen, welche angeblich die Interessen des Volkes am eifrigsten vertritt. Nach den großen Mißerfolgen, die das Centrum bei den Wahlen erlitten hat, und bei der weitverbreiteten Unzufriedenheit mit der jetzigen Führung der Partei mußte den Herren Lieber und Genossen daran liegen, den Streitpunkt, um den es sich in den letzten Wochen und Monaten ausschließlich gehandelt, und dessen Behandlung seitens der Centrumsleitung einen großen Theil der clericalen Wählererschaft kühlig gemacht hat, möglichst bald von der Oberfläche verschwinden zu lassen und wieder die alten Gegenstände hervorzufischen, welche die Einigkeit der Partei nach außen zu zeigen geeignet waren. Daß hierbei der Sentenzenantrag die erste Stelle einnahm, war selbstverständlich; zur schleunigsten Einbringung dieses Antrages war Herr Lieber geneigt, da die Rombdien, welche bisher mit diesem Antrage im Reichstage aufgeführt waren, zu lächerlich gewesen waren. Auch diesmal wird das Centrum froh genug gewesen sein, daß es zu einer Verhandlung darüber nicht gekommen ist, denn eine große Niederlage wäre unvermeidlich gewesen; und die Partei hat Grund genug zu behaupten, daß nicht noch durch weitere Mißerfolge ihr Nimbus gänzlich zerstört wird. Einem beträchtlichen Theile der Centrumsangehörigen — und es sind nicht die einflußlosesten — paßt die neue demokratische Führung absolut nicht, und damit nicht noch größere Kreise entfremdet werden, macht Herr Lieber die verzweifeltesten Anstrengungen, um den demokratischen Charakter der Partei abzulegen zu lassen. Welchen Eindruck man mit den patriotischen Erklärungen erzielt hat, wird den Führern des Centrums klar geworden sein aus der Stimmung, mit der die feierlichen Versicherungen aufgenommen wurden; sogar der Reichskanzler, dem man doch eine principielle Abneigung gegen das Centrum gewiß nicht nachsagen kann, hat für den Grafen Humpich nur die kurze Erweiterung, daß er die Entwicklung der Dinge abwarten wolle.

Abgesehen von diesem Zwischenspiel und den Reden Eugen Richters, der Socialdemokraten Vieblincht und Weber, fehlte sonst die Neigung große und lange Debatten herbeizuführen. Das Thema der Militärvorlage war in der verfloßenen Session im Hause und in der Presse bereits

so gründlich besprochen worden, und hatte so ausschließlich den Mittelpunkt des Wahlkampfes gebildet, daß fast allein das Resultat der Abstimmung Interesse erwecken konnte. Schon nach den Hauptwahlen konnte man mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß die Vorlage mit einer, wenn auch kleinen Majorität angenommen werden würde; ein Zweifel war nur möglich, wenn man die kleineren Gruppen, auf welche es bei der Entscheidung ankam, für unsicher hielt. Aber schon der Umstand, daß die Antisemiten wesentlich ihre Siege den Conservativen abgenommen haben, daß sie also von Leuten gewählt sind, welche der Militärvorlage günstig gestimmt waren, ließ den Schluss zu, daß sie sich der patriotischen Pflicht nicht entziehen würden, wenn beruhigende Erklärungen über die Deckungsfrage abgegeben würden. Und was die Polen betrifft, so hat die ultramontane Presse von Anfang an geflissentlich falsche Darstellungen über deren Haltung verbreitet; allen Pressionen zum Trost haben die Polen auch der neuen Vorlage rückhaltlos zugestimmt und eine bezügliche Erklärung gerade durch den Abgeordneten von Jagdewski abgeben lassen, der vorher als entschiedener Gegner der Vorlage hingestellt wurde; nur Herr von Szarinski hat es vorgezogen, der Abstimmung fernzubleiben, weil er der Stellung seiner Wähler im Kreise Bromberg Rechnung tragen wollte. Die Freisinnige Vereinigung hat auch nach Ablehnung des Antrages Prinz Carolath-Rositz geschloffen für die Vorlage gestimmt, ohne die Forderung der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit wiederholt zu haben.

Die Annahme der Militärvorlage erfolgte bei der endgültigen Abstimmung mit einer Majorität von 16 Stimmen; die Parteien stimmten geschlossen mit Ausnahme des Centrums. Herr Greber hatte freilich angekündigt, daß seine Partei einzig sei in der Verwerfung der Vorlage, es geschah das in demselben Augenblicke, wo man nicht den Muth hatte, den Prinzen Kremer und den Decan Rander auszusprechen, obgleich sie von einer Opposition gegen die Militärvorlage nichts wissen wollten. Der Abstimmung entzogen haben sich ferner die Abg. Cytronowski, Frank, Letocha und Wolny, sämtlich Mitglieder des Centrums aus Schlesien, welche sich vor der Wahl „freie Hand“ ausbedungen hatten; sie haben sich also der Diktatur des Herrn Lieber nicht unterworfen, vom Abg. Letocha wird sogar berichtet, daß ihn seine Ueberzeugung zur Niederlegung seines Mandates getrieben hat. Die Zahl der sonst noch Fehlenden war sehr gering.

Die zweijährige Dienstzeit ist nun für die nächsten fünf Jahre gesichert; bei dem Menschenmaterial, welches der Deutschen Militärvorwaltung zur Verfügung steht, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß sie sich bewähren wird, so daß also von einer Rückkehr zur längeren Dienstzeit wohl nicht mehr die Rede sein kann, nachdem die Regierung alle diejenigen Compensationen bewilligt erhalten hat, durch welche sie die Vertüzung der Dienstzeit für die kriegsmäßige Ausbildung der Truppen zu erlösen hofft. Gleichwohl ist im höchsten Grade zu bedauern, daß der Antrag des Prinzen Carolath-Rositz nicht gefunden hat; die zweijährige Dienstzeit hätte, da sie nach dem Antrage so lange in Kraft bleiben sollte, als die jetzige Friedenssprachenstärke aufrechterhalten würde, doch wenigstens eine gewisse gesetzliche Sicherstellung erfahren. Und die Zustimmung zu dem Vorschlage wurde allen Parteien dadurch erleichtert, daß der Reichskanzler nichts dagegen einzuwenden hatte. Die Mahnung des Herrn von Bennigsen, daß man ein Gesetz zu verbessern suchen sollte, auch wenn man schließlich dagegen stimmte, fand leider kein Gehör. Die Conservativen würden sich

gehütet haben, wenn der Antrag angenommen wäre, gegen die ganze Vorlage zu stimmen.

Außer der Militärvorlage hat sich der Reichstag nur mit zwei Interpellationen zu beschäftigen gehabt, von denen die erste vom Abg. Stamm mit Bezug auf die Aufhebung der Manöver in den von Zutternoth heimgeleiteten Gegenden gestellt allein ein größeres Interesse hatte, während die andere in der Verhandlung über Gebühr aufgekauft wurde. Man kann nicht gerade behaupten, daß die Preussische Militärvorwaltung sich sehr entgegenkommend gezeigt hätte; viel rücksichtsvoller wäre die Kriegsminister Bayerns und Württembergs. Herr v. Kallenborn nahm sogar eine sehr verletzende Schroffheit des Tones an, als der Abg. Stamm eine seiner Aeußerungen überhört hatte und noch einmal um Auskunft bat; die Betonung des einseitigen militärischen Standpunktes war bei der thatsächlich partiell vorhandenen großen Noth wenig am Plage.

Eine schwere Aufgabe bleibt dem Reichstage in der kommenden Winteression noch zu erfüllen, wenn es sich um die Deckung der durch die Militärvorlage erwachsenden Mehrkosten handelt. Die Erklärungen, welche der Reichskanzler Graf Caprivi bisher abgegeben hat, lauten so wenig bestimmt, daß daraus höchstens die Richtung der zu machenden Vorschläge erkennbar ist. Die Reichsregierung selbst ist völlig rathlos; nachdem Herr Miquel seine Reform der directen Steuern in Preußen durchgeführt hat, wird er für das Reich zu Hilfe gerufen, um die erforderlichen Deckungsmittel zu schaffen. Daß Herr Miquel nur ein paar Vorschläge machen wird, welche die Kosten allenfalls aufbringen, ist kaum anzunehmen; greift er erst einmal bestimmend in die Reichsverwaltung ein, so entspricht es seiner Natur, eine gründliche Reform zu schaffen, von der nur zu wünschen ist, daß sie eine wirkliche Verbesserung des Reichsfinanzwesens schafft. Dabei wird sich aber zu erweisen haben, ob der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu weiteren positiven Arbeiten fähig ist oder nicht. So sehr die wirtschaftliche Bewegung unter den Landwirthen eine Berechtigung hat, so muß sie sich doch in bestimmten Grenzen halten. Kein Geringerer als Fürst Bismarck hat in diesen Tagen noch die Landwirthe davor gewarnt, sich bei zu einseitiger Wahrung ihrer Interessen mit den übrigen productiven Ständen zu verfeinden.

— n.

Telegramme.

Wien, 17. Juli. (C. T. C.) Die hiesigen Abendblätter berichten das aus Gablitz gemeldete Bombenattentat als einen Nachact von Arbeitern, denen am vergangenen Sonnabend gefündigt worden war.

Paris, 17. Juli. (C. T. C.) Nach einem Telegramm des Generalgouverneurs von Indo-China, de Lanessan, griffen die Siamesischen Truppen am 5. d. in Naha, am linken Ufer des Mekong eine Recognoscierungs-Abtheilung der Annamitischen Milizen an; die Siamesischen Truppen wurden zurückgeschlagen und hatten erhebliche Verluste. Auf Seiten der Annamiten wurde ein Mann getödtet. Die Besetzung von Laos siehe vollständig auf französischer Seite.

Paris, 17. Juli. (C. T. C.) Eine den Wäthern zugegangene offizielle Note erklärt die Nothwendigkeit, daß die Regierung den Admiral Hannann desavouirt habe, für vollkommen unbegründet.

London, 17. Juli. (C. T. C.) Einem Telegramm der „Times“ aus Rio de Janeiro vom 15. d. M. zufolge ist der Dampfer „Jupiter“, Commandant von den Kapitän am 14. d. M. Abends vor Santa Catarina von dem Brasilianischen Kriegsschiffe „Republica“ weggenommen und von den Kapitän sowie die gesammte Mannschaft an Bord zu Gefan-